

Offensiv



ZEITUNG DER MARXISTISCHEN ORGANISATION „OFFENSIV“

Preis: 2 Euro

Nr. 13 - Okt./Nov. - 2021



**Rechte verliert die Wahl.
Weiterkämpfen. Für eine Partei der Arbeiter,
Jugend und Armen und eine**

**SOZIALISTISCHE
OFFENSIVE!**



Bundestagswahl: Debakel für die Rechten!

Exekutivkomitee von Offensiv

CDU/CSU erzielt das schlechteste Ergebnis ihrer Geschichte

Im Wahlkampf wie auch in den Wahlergebnissen kam die zunehmende soziale Polarisierung zum Ausdruck. Im Vorlauf wurden durch die Rechten massive Kampagnen losgetreten, um jede kleinste Sozialreform als „kommunistisches Machwerk“ zu verteufeln: Kapitalisten spendeten Rekordsummen an die FDP, rechte Initiativen liefen gegen den „Klimasozialismus“ der Grünen heiß und die CDU warb in Überklebern in letzter Minute damit, Garant gegen ein „Linksbündnis“ zu sein. Das verhinderte nicht den Zusammenbruch der CDU/CSU und einen Gesamtrückgang der rechten Parteien von 56,2 Prozent der Stimmen auf 45,9 Prozent, also fast 11 Punkte. Die CDU/CSU erzielte das schlechteste Ergebnis ihrer Geschichte und verlor 4.143.538 Stimmen im Vergleich zur Wahl 2017, mit insgesamt 11.173.806; ein Verlust von fast 9 Punkten, von 32,93% auf 24,07%.

Die rechtsextreme AfD konnte diesen Rückgang nicht auffangen, sondern verlor ebenfalls 1.076.018 Stimmen und erreichte insgesamt 4.802.097: ein Rückgang um mehr als 2 Punkte von 12,64 % im Jahr 2017 auf 10,35 % der Stimmen. Ihre Fraktion wird verkleinert, aber 13 ihrer neuen Abgeordneten haben enge Verbindungen zu Nazigruppen.

Der Großteil der Stimmen der CDU/CSU ging an SPD (1.530.000 netto) und Grüne (920.000 netto). Diese katastrophalen Ergebnisse haben die Krise in der CDU/CSU weiter vorangetrieben. Während der CDU-Vorsitzende Armin Laschet erklärte, er strebe eine Beteiligung an der neuen Regierung an, forderte sein CSU-Partner Markus Söder die SPD auf, eine Regierung zu bilden, wobei er davon ausging, dass sie nicht an der Regierung beteiligt sein würde.

Markus Söder machte damit nicht nur die sich vertiefende Spaltung der Union deutlich, sondern auch seine Absicht, Laschet den Fraktionsvorsitz streitig zu machen. Söder vertritt einen nationalistischeren Flügel als Merkel und ihr Nachfolger Laschet, besonders in der Frage von Krieg und Migration. Das spiegelt den sich vertiefenden Polarisierungsprozess innerhalb der traditionellen Rechten wider.

Grüne und SPD profitieren von sozialem Unmut

Die großen Gewinner waren SPD und Grüne, die 11.949.374 bzw. 6.847.742 Stimmen erhielten, was einem Zuwachs von mehr als fünf Millionen Stimmen entspricht. Ihr Stimmenanteil stieg von 29,4 % auf 40,5 % der Stimmen.

Einen besonders deutlichen Zuwachs erhielten die Grünen, die mit 2.689.342 Stimmen und fast 6 Prozentpunkten von 8,94% auf 14,75% das beste Ergebnis ihrer Geschichte erzielten. Zweifellos haben sie trotz ihres grün-kapitalistischen Ansatzes einen Teil der Unzufriedenheit in der Gesellschaft kanalisiert, besonders bei den Wählern unter 25 Jahren, wo sie mit 23% der Stimmen die stärkste Kraft waren.

Diese Kampagne hat bei wohlhabenden Teilen der Arbeiterklasse und Mittelschicht eine gewisse Wirkung gezeigt. Allerdings konnte die SPD die Verluste ihres Niedergangs seit der Einführung von Hartz IV nicht aufholen und erzielte das dritt schlechteste Ergebnis ihrer Geschichte.

Es versteht sich von selbst, dass die SPD unter der Führung von Olaf Scholz die Grundlagen der neoliberalen kapitalistischen Politik, die Merkel und ihre sozialdemokratischen Partner in den letzten acht Jahren durchgesetzt haben, nicht in Frage stellen wird. Scholz hat sehr anschaulich gezeigt, wofür er steht: In einer seiner ersten Amtshandlungen als Finanzminister in der letzten Regierung Merkel holte er den Chef von Goldman Sachs in Deutschland in sein Team. In jüngster Zeit wurde er durch den CumEx-Korruptionsskandal in Verruf gebracht.

DIE LINKE zahlt den Preis für die Aufgabe eines anti-kapitalistischen Programms für Arbeiter und Arme

Die katastrophalen Ergebnisse der LINKEN sind die Folge einer Politik, die den Kampf auf der Straße zugunsten des rein parlamentarischen Spiels aufgegeben hat, und ihrer Imitation von SPD und Grünen. Wir sind mit der Krise der neuen reformistischen Linken konfrontiert. Wie Podemos in Spanien oder Syriza in Griechenland haben diese Formationen die Erwartungen von Millionen von Jugendlichen, Arbeitern und den Mittelschichten, die sich in der letzten Zeit der Linken zugewandt haben, enttäuscht. Anstatt jede Gelegenheit zu ergreifen, eine echte anti-kapitalistische Alternative auf die Beine zu stellen und sie auf der Straße zu verteidigen, haben sie diese völlig aufgegeben und die Logik des Systems akzeptiert.

Ein gutes Beispiel war das konsultative Referendum über die Enteignung der großen Immobiliengesellschaften, das am Tag der Wahlen in Berlin stattfand. Zeitgleich zu den katastrophalen Ergebnissen für DIE LINKE stimmten in Berlin, einer ihrer Hochburgen, 56,1 % für die Enteignung. Gleichzeitig hat DIE LINKE Berlin mehr als 7 Prozentpunkte bei der Bundestagswahl verloren. Wie kann das sein?

Die Rolle der LINKEN in verschiedenen Landesregierungen oder in Großstädten wie Berlin, die sich der kapitalistischen Logik unterwirft und eine Politik der Kürzungen und Privatisierungen vorantreibt, hat schwer gewogen. In Berlin wurde Anfang des Jahres die S-Bahn privatisiert, und in Bremen wurden im November letzten Jahres drakonische Polizeigesetze gegen soziale Bewegungen erlassen.

Es gibt viele weitere Beispiele für ihre Resignation, aber die Linie, die sie alle eint, ist die ständige Verwässerung des Programms, um SPD und Grüne nicht zu verärgern, wie es geschehen ist, als die Führung der LINKEN im Wahlkampf ihr Sofortprogramm verabschiedete, in dem sie die Abschaffung von Hartz IV nicht mehr ausdrücklich erwähnte. Ein anderes Beispiel ist die Beteiligung wichtiger Gesichter der Partei an der öffentlichen Kampagne der Medien und bürgerlichen Parteien gegen den Eisenbahner-

streik. Will DIE LINKE so die kämpferischsten Schichten der Arbeiterklasse für sich gewinnen?

Die größten Rückschläge muss sie jedoch seit Jahren im Osten hinnehmen, wo sie der rechtsextremen Demagogie der AfD Raum gab. In Thüringen, wo sie eine linke Regierung geführt hat, die unter anderem den Stellenabbau im öffentlichen Dienst vorangetrieben hat, war ihr Rückgang steil. Noch 2009 – kurz vor ihrem Regierungsantritt – erhielt die Partei 354.875 Stimmen. 2021 waren es nur noch 144.676 – fast zwei Drittel wurden verloren! In diesem Bundesland war die AfD mit 24% der Stimmen die meistgewählte Partei, während sie 2013 nur 6,8% der Stimmen erhielt. DIE LINKE fiel von 23,4% auf 11,4 % der Stimmen.

Der deutsche Kapitalismus in der Krise - Es gilt, eine revolutionäre Alternative aufzubauen!

Der deutsche Kapitalismus befindet sich in einer tiefen Krise. Die letzten Jahre unter den Einheitsregierungen von CDU und SPD haben der Arbeiterklasse und den Arbeitslosen harte Einschnitte gebracht. Die Inflation lag im September bei 4,1% und könnte bis zum Jahresende bei 5% liegen. Während die Hartz-Sätze seit 2015 um 11,8 % gestiegen sind, haben sich die Preise für Diesel, Kartoffeln, Obst und Gemüse um mehr als 20 % erhöht. Nun wird die CO2-Steuer diese Preisspirale weiter nach oben treiben und die Arbeiterklasse und die ärmsten Schichten der Gesellschaft weiter verarmen lassen.

Die Bildung einer neuen Regierung scheint kompliziert. Eine neue Koalition zwischen SPD und CDU/CSU würde die Krise der etablierten Parteien verschärfen, die das schlechteste Ergebnis ihrer Geschichte erzielt haben und zum ersten Mal seit 1949 zusammen

unter 50% der Stimmen gefallen sind. Während die Grünen und DIE LINKE bei den unter 25-Jährigen zusammen 31% der Stimmen erreichten, waren es bei SPD und CDU/CSU nur 25%. Dagegen stimmten 35 % bzw. 38 % der über 70-Jährigen für die SPD und die CDU/CSU. Ein deutliches Zeichen für die Krise beider Parteien.

Andererseits wird eine Koalition zwischen SPD, Grünen und FDP ständigen Spannungen ausgesetzt sein, vor allem angesichts des ultraliberalen Programms der FDP, die sogar vorschlägt, die

Renten vollständig zu privatisieren und durch Investitionen an der Börse oder am Immobilienmarkt zu ersetzen.

Jede der Koalitionen, die aus diesen Wahlen hervorgehen könnte, wird soziale Angriffe durchsetzen, da es unter anderem notwendig sein wird, eine aufgeblähte Staatsverschuldung zu tilgen, die 2020 um 18,1% auf 1.403,5 Mrd. Euro gestiegen ist, um die Gewinne des großen deutschen Finanz- und Industriekapitals zu schützen. Und das alles in einem internationalen Kontext von Rückschlägen für den deutschen Kapitalismus, inmitten eines harten Kampfes um die Welthegemonie zwischen China und den USA.

Die politische Situation eröffnet Perspektiven für die Arbeiterklasse. Die Kräfte der herrschenden Klasse sind gespalten, es gibt eine wachsende anti-kapitalistische Stimmung und eine große Wut gegen die grassierende Ungleichheit. Das Ergebnis des Volksentscheids in Berlin zugunsten von Enteignung und Verstaatlichung ist ein gutes Beispiel, wie anti-kapitalistische Ideen sich in der Bevölkerung verbreiten können. Hätte DIE LINKE ein sozialistisches Programm vertreten, hätte sie sich entschlossener an den Kämpfen der sozialen Bewegungen, wie dem Eisenbahnerstreik und dem Volksentscheid in Berlin, beteiligt und nicht die kapitalistische Logik der Kürzungen und Privatisierungen überall dort angewandt, wo sie in der Regierung saß, hätte sie zweifellos Wahlerfolge erzielen können.

Es ist notwendig, die richtigen Schlussfolgerungen zu ziehen, eine revolutionäre anti-kapitalistische Alternative aufzuzeigen und diese konsequent auf der Straße durch Kämpfe durchzusetzen. Kämpft mit uns für eine Arbeiter- und Jugendbewegung und für den Sozialismus – Organisiert Euch und macht mit bei Offensiv!



Merkels Erbe

16 Jahre regieren für Reiche und Kapitalisten

Rasmus Schad

Nüchtern betrachtet, waren die vergangenen 16 Jahre unter Angela Merkel für den größten Teil der arbeitenden Bevölkerung Deutschlands und Europas wenig erfolgreich. Unter keinem Kanzler hat sich die Schere zwischen Arm und Reich, genauer gesagt das Verhältnis zwischen denen, die von den Löhnen ihrer Arbeit leben, und denen, die ihr Vermögen aus Kapitalerträgen wie Dividenden und Eigentum beziehen, weiter geöffnet. Deutschland besitzt immer noch den größten Niedriglohnsektor in Europa und einem Fünftel aller Rentner droht die Altersarmut, Tendenz steigend.

Unter Merkel wurde die Rente ab 67 eingeführt, und Rentenprivatisierung steuerlich begünstigt („Merkel-Förderung“). Die Regierungen, denen sie vorstand, waren durchgehend von Skandalen um Nazis in wichtigen Bundesbehörden, schamlose Lobbyisten, Steuerverschwendung und Unfähigkeit ihrer Minister geprägt. Erst kürzlich war die Kanzlerin selbst in den Wirecard-Skandal verwickelt. Und nicht zuletzt hat die rücksichtslos durchgeführte Austeritätspolitik der „schwarzen Null“ im In- und Ausland die Infrastruktur in weiten Teilen Deutschlands verwahrlosen lassen, und in Südeuropa zu einer sozialen Katastrophe geführt.

Trotzdem konnte Angela Merkel sich bis zuletzt von den Auswirkungen ihrer Politik in der Öffentlichkeit distanzieren und mit relativ hohen Beliebtheitswerten abschneiden. Und das, obwohl gerade das letzte unter ihr zusammengestellte Kabinett unbeliebt wie kaum ein anderes war, und gerade die aus ihrer Partei stammenden Minister, vor allem die Herren Spahn und Scheuer, während Corona-Krise, der geplanten Auto- und Bahn-Privatisierung, der Ausländer- und Einwanderungsmut und unzähligen

anderen Vorhaben mit Unfähigkeit und kaum verhohlener Korruption glänzten.

Merkel entpolitisierte die öffentlichen Debatten, in dem die Umsetzung der herrschenden, neoliberalen Ideologie quasi als „Naturgesetz“ für alternativlos erklärte. Privatisierungen, Sozialkürzungen und eine zunehmende Militarisierung der Außenpolitik waren für die verschiedenen Merkel-Regierungen keine politischen Entscheidungen, über die debattiert wurde, sondern Notwendigkeiten, bei denen höchstens der Zeitpunkt verhandelt werden konnte.

Gerade in der Außenpolitik hat Merkel so viele Widerstände überwunden. Sie durchschritt die Tür zu einer vollständigen Integration Deutschlands in die imperialistische Kriegspolitik der NATO, die SPD und Grüne durch ihre Zustimmung zu den Kampfeinsätzen in Jugoslawien und Afghanistan geöffnet hatten. Obwohl sich etwa 2009 laut dem ARD-Deutschland-Trend bereits 70% der Deutschen für einen raschen Abzug aus Afghanistan aussprachen, wurde der Einsatz bis zum schmachvollen Ende dieses Jahr durchgesetzt.

In den nächsten Monaten wird ein Loblied auf Angela Merkels persönliche Fähigkeiten und ihre überragende Beliebtheit gesungen werden. Aber tatsächlich hat sie kein allgemeines Vertrauen genossen: Seit 2005 sind die absoluten Zweitstimmen der CDU tendenziell gesunken, zwischen 2005 und 2021 um 4.365.760 Stimmen.

Die absoluten Stimmen für die CDU sanken unter ihrer Regierung bei jeder Bundestagswahl, was nur nicht ins Gewicht fiel, weil die Verluste der anderen großen Parteien das aufwogen. Arbeiter und Arme wurden immer weiter in die Passivität gedrängt, die Wahlbeteiligung sank um mehr als 1,2 Millionen. Die historische Krise der CDU, die wir nun erleben, bietet der Linken die Chance, diese Passivität aufzubrechen und ein neues Zeitalter der Kämpfe zu eröffnen, wenn sie sich auf die Kämpfe der Arbeiterklasse stützt.



Ära Merkel ist vorbei!

Angela Merkel war die Kanzlerin einer Periode relativer Stabilität des deutschen Kapitalismus, auch die Krise von 2008 konnte durch bösartige Kürzungen in Südeuropa und den chinesischen Wirtschaftsmotor abgefedert werden. Das kam Merkel zugute.

Doch diese Periode ist vorbei, das Erbe von Jahrzehnten der Kürzungen und eines deutschen Kapitalismus, der heute tief in der Krise und dessen Aussichten unsicher sind, lastet tief auf dem Rücken der CDU – und äußert sich in tiefen internen Krisen und einem historischen Wahldebakel!

Der Versuch, mit Laschet einen Nachfolger des Merkel-Kurses in der CDU einzusetzen, ist krachend gescheitert; wichtige Figuren wie Kramp-Karrenbauer und Altmaier ziehen sich aus der Fraktion zurück.

Auch haben soziale Kämpfe in Deutschland zugenommen. Eine Fortführung der Merkel-Strategie – soziale Ein-

schnitte gegen die Bevölkerung aussitzen und die deutsche Hegemonialstellung in Europa ausnutzen, um die Absatzmärkte in Ost- und Südeuropa zu festigen – wird sich in der vergangenen Form nicht einfach wiederholen lassen.

Schon in den letzten Jahren verschärfte sich die Spannungen der imperialistischen Blöcke im Kampf um Einflussphären und Absatzmärkte, sowohl mit dem expandierenden China als auch mit dem alten Verbündeten USA, in der EU haben zentrifugale Tendenzen zugenommen. Diese objektive Veränderung der Weltlage ist unabhängig davon, wer aktuell im deutschen Kanzleramt sitzt, und ob er ein rotes, schwarzes oder grünes Parteibuch in der Tasche hat.

Die CDU wird wohl nicht mehr in der Regierung vertreten sein. Trotzdem wird auch eine SPD-geführte Nachfolgeregierung ihre Politik weiterführen. Es wird eine starke Linke brauchen, die mit Kampfgeist und sozialistischem Programm mit dem kapitalistischen Erbe der Merkel-Ära brechen kann. ■

Wir brauchen einen Aufstand der Jugend!

In den vergangenen Monaten der Coronapandemie riss der Aufschrei über die Jugend in den öffentlichen Medien nicht ab: Massenhafte Saufparties im Freien, Flaschenwürfe auf Polizeibeamte, Jugendlichen, die auf öffentlichen Plätzen laut sind... und Bezirksämter, die neue Verbote erlassen; Rundfunkredakteure, die für ein Ende des Verständnis plädieren und für ein Ende des Mythos „Jugendliche und junge Erwachsene [seien] mit ihren älteren Mitbürgerinnen und Mitbürgern solidarisch gewesen“.

In Wahrheit bricht sich aber nur Damm, was sich die vergangenen Monate angestaut hat: Dass die Bundesregierung sich geweigert hat, mit dem kapitalistischen Spardiktat zu brechen, und deshalb die Verschleppung der Pandemie anordnete. Dass diese Politik besonders auf dem Rücken von Jugendlichen und Armen ausgetragen wurde. Dass eine Verweigerung guter Gesundheits- und Bildungspolitik – noch immer gibt es keine CO2-Filter in Schulen, noch immer haben etwa 10% der deutschen Haushalte keinen Computer – arme Schichten abgehängt und Jugendliche isoliert hat. Dass die Zahlen von häuslichem Kindesmissbrauch in der Pandemie deutlich zunahmen, ebenso wie der Konsum besonders von Cannabis, befördert durch die öffentliche Propagandamaschine von Justin Bieber bis Netflix.

„Störer, Randalierer, Kriminelle“

Drogen, Coronaparties und Randalie sind nicht einfach Ausdruck einer schlechten Erziehung – sie sind der Schrei einer Jugend, der durch zynische Verordnungen und Restriktionen ein Teil ihres Lebens gestohlen wurde! Tiefe soziale Missstände werden deutlich, und die Regierung reagiert... mit Repression! Von diabolischen Ausgangssper-

ren oder Regelungen wie der, dass im rheinland-pfälzischen Jugendfußball die 2G-Regel für alle Jugendlichen ab 12 eingeführt wurde.

Wir brauchen einen Aufstand der Jugend!

Die herrschende Klasse hat der Jugend von heute eines ganz klar gemacht: dass es in unserer Gesellschaft unten und oben gibt, und dass wir, wenn wir uns nicht wehren, nur verlieren können. Während die Jugend auf der Straße für eine bessere Zukunft kämpft, tut die Bundesregierung alles, um die kapitalistische Politik des Kaputtsparens und der Verarmung aufrechtzuerhalten. Wir haben genug von ihnen!

Unsere Klassenfeinde bereiten weitere soziale Angriffe vor, die unser Leben und unsere Zukunft betreffen. Es reicht! Wir müssen militant sein, uns organisieren, auf die Straße gehen und kämpfen! Nur ein starker Kampf auf der Straße, in den Schulen und im Betrieb kann uns eine Zukunft bringen. Wir sind die Flamme der Revolution und wir werden siegen! ■



TV-L: Forderungen voll durchsetzen, für kämpferische Gewerkschaften eintreten!



Juri Zinn

Fast zwei Jahre Pandemie haben auch bei den Beschäftigten der Länder ihre Spuren hinterlassen: Unsicherheit, erhöhter Arbeitsstress, Flexibilität und Mehrarbeit. Die Stadtreinigung, Beschäftigte der Schulen, im Gesundheitsbereich oder auch Angestellte bei Hamburg Port Authority, um nur ein paar Beispiele zu nennen, haben im wahrsten Sinne des Wortes den Laden am Laufen gehalten. Die jetzt anstehende Tarifrunde wird bundesweit achthunderttausend Beschäftigte im TV-L und 1,2 Millionen Beamte betreffen. Die Arbeitgeberseite hat im Vorhinein schon angekündigt den Beschäftigten dafür mit einem Angriff auf die Tarifstruktur zu danken. Besonders im Fadenkreuz stehen die Tarifgruppen, Beschäftigte mit bestimmten Tätigkeiten sollen niedriger eingestuft werden, faktisch werden die Löhne also gekürzt.

Reallohnverlust droht!

Die Forderung der Anhebung der Tabellenentgelte um 5%, mindestens aber 150 Euro monatlich bei einer Laufzeit von 12 Monaten wird nicht einmal die prognostizierte Inflation des kommenden Jahres ausgleichen. Die Tarifkommission erklärte, dass Lebensmittelpreise bereits um 4% gestiegen sind, sie erwarten eine Inflation um die 5% bis zum Jahresende und eine Preissteigerung im Jahresdurch-

schnitt von 2,5% in diesem Jahr und noch einmal 2,5% im nächsten Jahr. Am Ende bedeutet diese Forderung im besten aller Fälle für 2 Millionen Angestellte und Beamte ein Nullsummenspiel. Dabei liegt es in der Natur tariflicher Verhandlungen, dass das Endergebnis niedriger ausfällt als die Anfangsforderung der Gewerkschaft.

Es braucht eine massive Kampagne, die an den Leistungen der Beschäftigten in den letzten zwei Jahren ansetzt, jeden Angriff der Arbeitgeber entschlossen bekämpft, kompromisslos die Interessen der Beschäftigten vertritt und keine Zugeständnisse an die Arbeitgeberseite macht. Diese werden sicherlich trotz der mehr als bescheidenen Forderungen der Tarifkommission aufgrund der Pandemie und Wirtschaftskrise beding-

ten geringeren Steuereinnahmen und den schon angedrohten Austeritätsmaßnahmen versuchen, möglichst günstig davon zu kommen. Wir dürfen nicht zulassen, dass die Berge an Geld, die im Rahmen von Corona-Rettungsschirmen und großzügiger Unterstützung von Großkonzernen in die Taschen von Aktionären und Eigentümern geflossen sind, am Lohn der Beschäftigten wieder eingespart werden sollen!

Tarifgemeinschaft verteidigen!

In Hamburg gibt es einen Vorstoß nach einer lokalen Städtezulage, der eine lokale Zulage fordert um den höheren Lebenshaltungskosten Rechnung zu tragen. Auch wenn die Tarifkommission diese Forderung abgelehnt hat, ist es wichtig sich damit grundlegend auseinander zu setzen. Die berechnete Forderung nach mehr Lohn sollte nicht darüber hinwegtäuschen, dass sie ein zweiseitiges Schwert ist. Denn natürlich werden Beschäftigte in Ballungszentren besonders hart etwa von ständig steigenden Mieten getroffen, dennoch eröffnet die Forderung nach einer besonderen Tarifspezifikation die Gefahr der Spaltung. Es ist eine reale und wachsende Gefahr, dass die Tarifgemeinschaft der Länder auseinanderfliegt. Hessen hat schon 2004 die Tarifgemeinschaft verlassen und bezahlt die Beschäftig-

ten heute schlechter. Die Gefahr besteht, dass die Arbeitgeberseite auf Forderungen wie die Hamburg-Prämie eingeht, dafür aber ebenfalls die Tarifeinheit mit den übrigen Ländern fallen lässt. Langfristig führt dies zur Zerstückelung der Tarifgemeinschaft. Diese Zerstückelung ist im Interesse der Arbeitgeberseite, gerade in Krisenzeiten hoffen sie die Interessen der Kollegen gegenseitig auszuspielen, um langfristig die Solidarität und Organisierung unter den Beschäftigten zu schwächen. In Hamburg beispielsweise sind es nur 30.000 Tarifbeschäftigte, selbst mit einer hohen Aktivierung und kämpferischen, großen Streiks wird es im Vergleich zu bundesweiten Mobilisierungen in einer Tarifgemeinschaft ein leichtes einen lokalen Streik auszusitzen, wenn die Kämpfe isoliert voneinander stattfinden. Es wäre deshalb ein großer Fehler, eine Städtezulage zum Preis der Einheit der bundesweiten Tarifgemeinschaft zu erwirken!

Der angekündigte Angriff der Arbeitgeberseite ist eine gute Gelegenheit, aktiv zu werden und sich in den Kampf für bessere Arbeitsbedingungen und Löhne einzubringen. Die aufgestellten Forderungen schüren aber den Eindruck

einer Passivität der Gewerkschaftsseite und sind mit Sicherheit nicht der große Wurf, der die Kollegen motiviert und mobilisiert. Angesichts der unsicheren wirtschaftlichen Entwicklung ist es besonders wichtig, dass die Tarifaufzeit wie gefordert nicht zwölf Monate überschreitet, und ein neuer Kampf nächstes Jahr unter besseren Bedingungen geführt werden kann.

Kämpferische Gewerkschaften aufbauen!

Um die kommenden Tarifkämpfe durchsetzungsstärker zu führen, müssen wir für demokratische Strukturen eintreten, die aktive Kollegen einbinden und in der Gewerkschaft Druck aufbauen für einen kämpferischen Kurs. Der jetzige Konflikt verliert damit nicht an Wichtigkeit. Jeder gewonnene kämpferische Kollege und jeder erfolgreiche Streik erhöht, wie auch die Chance auf volle Durchsetzung der Forderungen und den Druck auf Gewerkschaftsführung und Arbeitgeber gleichermaßen.

Lohnfortzahlung in der Quarantäne: Bosse fordern Auskunftspflicht

Rasmus Schad

Beschäftigte, die eine amtliche Quarantäne-Anweisung bekommen, werden ab dem 1. November deutschlandweit keine Lohnfortzahlungen mehr erhalten, in einigen Bundesländern wurde diese Regelung schon jetzt umgesetzt. Gleichzeitig fordern Arbeitgeberverbände gleich direkten Zugriff auf Gesundheitsdaten ihrer Angestellten, um die Impfquoten in ihren Betrieben festzustellen.

Dies sind direkte Angriffe auf das Selbstbestimmungsrecht der Arbeiterinnen und Arbeiter, was mit ihnen und ihren Daten passiert. Zum einen geht es hier um einen Präzedenzfall, einen weiteren Schritt beim Abbau von hart erkämpften Rechten, zum anderen ergeben sich auch viele weitere reale Probleme, die sich über so eine Regelung mit einschleichen. So können ja auch weitere sensible Daten in die Hände der Chefs gelangen, etwa wenn man durch eine Vorerkrankung begründet sich nicht impfen lassen kann.

Es ist ja nicht unwahrscheinlich, dass der ein oder an-

dere Arbeitgeber sich etwa bei einer Neuanstellung für einen anderen Kandidaten entscheidet, sollte er vermuten, dass die Vorerkrankung zu Arbeitsausfällen führen könnte, oder man landet ganz oben auf der Abschlusliste bei Stellenstreichungen.

Es gibt also gute Gründe, für das informationelles Selbstbestimmungsrecht. Dass dies nun für Angestellte in einem der persönlichsten Bereiche nicht gelten soll, zeigt einmal mehr, mit welcher Geringschätzung die herrschende Klasse auf uns als Arbeitende schaut. Für jemanden, der sich wochenlangen Lohnausfall nicht leisten kann, wird so faktisch eine Impfpflicht eingeführt, wer genug hat, darf machen was er will.

Wenn mein Chef unter dem Vorwand der Corona-Pandemie meine Gesundheitsdaten einsehen darf, ist das ein weiterer Schritt zum gläsernen Arbeitnehmer. Und wer weiß, vielleicht interessiert sich auch dein Chef heute für deinen Impfstatus, und morgen schon für Vorerkrankungen und andere Ausfallrisiken.



1. Nachhaltige Produktion steht dem Kapitalismus diametral entgegen.

Der Kapitalismus beruht auf dem Streben nach immer größerem Gewinn, wofür die Produktion immer weiter ausgedehnt und immer mehr konsumiert werden muss. Nachhaltige Produkte oder Reparaturen schmälern die Profite der Kapitalisten und sind deswegen ihr Feind. Produkte werden so konzipiert, dass möglichst schnell neue gekauft werden müssen: Sollbruchstellen, unzugängliche Handyakkus, keine Ersatzteile, fester Verbau... diese Liste könnte man endlos fortsetzen.

Hinzu kommt die stetige Überproduktion durch die Anarchie in der Produktion. Immer wieder werden in Überproduktionskrisen Produkte vernichtet, um die Profite zu schützen und dabei massiv Ressourcen verschwendet. Auch das ganze Werbematerial oder die tausend verschiedenen Arten ein und desselben Produktes in den Supermarktregalen, wie das berühmte Beispiel der 20.000 verschiedenen Staubsauger-Beutel, sind eine einzige Ressourcenverschwendung.

2. Grüner Anstrich heißt nicht Klimaschutz!

Bereits seit 1956 wird vor den Folgen des Klimawandels gewarnt, doch passiert ist seither nichts. Nur Konferenzen ohne bindende Beschlüsse, weil die Herrschenden bei wirklichen Veränderungen ihre Profite in Gefahr sehen. Keines der Programme der etablierten Parteien zur Bundestagswahl dieses Jahr ist fähig, das 1,5 °C Ziel einzuhalten. Die USA – das Land mit den größten Treibhausgasemissionen pro Einwohner – hat sich sowohl unter Trump als auch unter Bush geweigert, die nicht bindenden Beschlüsse der Klimakonferenzen anzunehmen.

3. Trotz Greenwashing – die Konzerne setzen sich nicht für Umweltschutz ein, sondern behindern ihn!

Nur 90 Konzerne sind für 63% der Methan- und CO₂-Emissionen zwischen 1751 und 2010 verantwortlich und 100 Konzerne für 70 % der Treibhausgasemissionen. Spitzenreiter sind Chevron, Exxon, BP und Shell. Um mit 50 % Wahrscheinlichkeit eine Erwärmung von „nur“ 1,5 °C zu erreichen, müssten laut IPCC die Treibhausgase bis 2030 um 50 % und 2050 um 100 % reduziert werden. Und selbst dann ist es nur eine 50%-Wahrscheinlichkeit. Doch die Kapitalisten sind nicht fähig zu dieser Reduktion: scheinbar „grüne“ Produkte wie Dieselaautos mit manipulierten Schadstoffwerten, Finanzierung der Klimaleugnung, wie mit der Climate Coalition und vieles mehr. Die Kapitalisten wollen und können den Klimawandel nicht aufhalten!

4. Individueller Verzicht ändert nichts!

Die individuelle Schuldzuweisung ist eine Farce der Kapitalisten um davon abzulenken, dass sie eigentlich selbst schuld sind. So ist der ökologische Fußabdruck eine Erschaffung des ÖLMULTI BP, der zu den 20 Unternehmen

6 Argumente für Sozialismus statt Umweltzerstörung



Jarla Sgries

Flutkatastrophe in Deutschland, verheerende Waldbrände in vielen Teilen der Welt, Hungersnöte durch Dürren auf dem afrikanischen Kontinent, aber auch in Deutschland Ernteaufschläge aufgrund von Extremwetter.

Mittlerweile zeigen sich die Auswirkungen des Klimawandels überall auf der Welt – bei einer Erwärmung von nur 1,1-1,2 °C. Wie verheerend die Auswirkungen erst bei 1,5 °C sind, mag man sich gar nicht vorstellen.

Doch nicht mal dieser Grenzwert wird erreicht – der Kapitalismus, mit seiner immanenten nie endenden Profitgier, ist unfähig, das Problem zu lösen. Jetzt gerade steht die Welt an der Kippe – entweder es gibt eine 180° Wende – hin zum Sozialismus – oder die Kapitalisten schaufeln der Erde ihr Grab!

Doch immer noch ist die längst überholte Meinung verbreitet, dass der Kapitalismus grün oder reformierbar sein könne oder dass der Markt das schon regelt, obwohl sich schon lange gezeigt hat, dass das nicht funktioniert. Um mit diesen Illusionen endgültig aufzuräumen wollen wir hier sechs Argumente für einen revolutionären, sozialistischen Wandel statt „grüner“ Kapitalpolitik anführen.

Was Marx und Engels im Kommunistischen Manifest auf den Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit bezogen, gilt auch für den Klimawandel:

„Die bürgerlichen Produktions- und Verkehrsverhältnisse, die bürgerlichen Eigentumsverhältnisse, die moderne bürgerliche Gesellschaft, die so gewaltige Produktions- und Verkehrsmittel hervorgezaubert hat, gleicht dem Hexenmeister, der die unterirdischen Gewalten nicht mehr zu beherrschen vermag, die er heraufbeschwor.“ (Marx/Engels: Kommunistisches Manifest, in: MEW Bd. 4, S. 467)

gehört, die für 1/3 der Treibhausgasemissionen seit 1965 verantwortlich sind. Sein ökologischer Fußabdruck kümmert ihn nicht, solange er Profit macht. Wenn die Konzerne für mehr als 70 % des CO₂-Ausstoßes verantwortlich sind, ist es der falsche Ansatzpunkt, den Verbraucher zu beschuldigen.

Führende Figuren von Friday's for Future konzentrieren sich oft auf das individuelle Konsumverhalten und beschuldigen Menschen, die nicht im Bio-Markt einkaufen gehen, keinen Ökostrom beziehen oder nachhaltige Produkte konsumieren. Natürlich würden viele Menschen gerne im Bio-Markt einkaufen und nicht die schlechtere Supermarktware kaufen oder einen neuen energiesparenderen Kühlschrank haben, doch wie soll das für Menschen möglich sein, die jetzt schon am Ende des Monats nicht wissen, wie sie sich ernähren sollen? Und daran schuld sind wiederum die Kapitalisten, die den Arbeiter ausbeuten und ihm gerade genug zum Überleben lassen, während sie im Geld schwimmen.

5. Der Markt regelt nicht!

Nicht Nachhaltigkeit, sondern Maximierung des Kapitals bestimmt, was produziert wird. Die 60 größten Kreditinstitute haben seit 2016 mehr als 3,2 Billionen US-Dollar in Kohle, Öl und Gasunternehmen investiert. Die großen Konzerne sitzen ihren Regierungen im Nacken und halten sie so weiter von einem nachhaltigen Umbau, wie dem Kohleausstieg, ab. Windenergie ist zum Beispiel nur teurer als Kohle, weil Letztere subventioniert wird. Um ihre Interessen zu wahren, spenden sie immense Beträge an Parteien und Abgeordnete.

6. Umweltschutz heißt demokratisch geplante Produktion

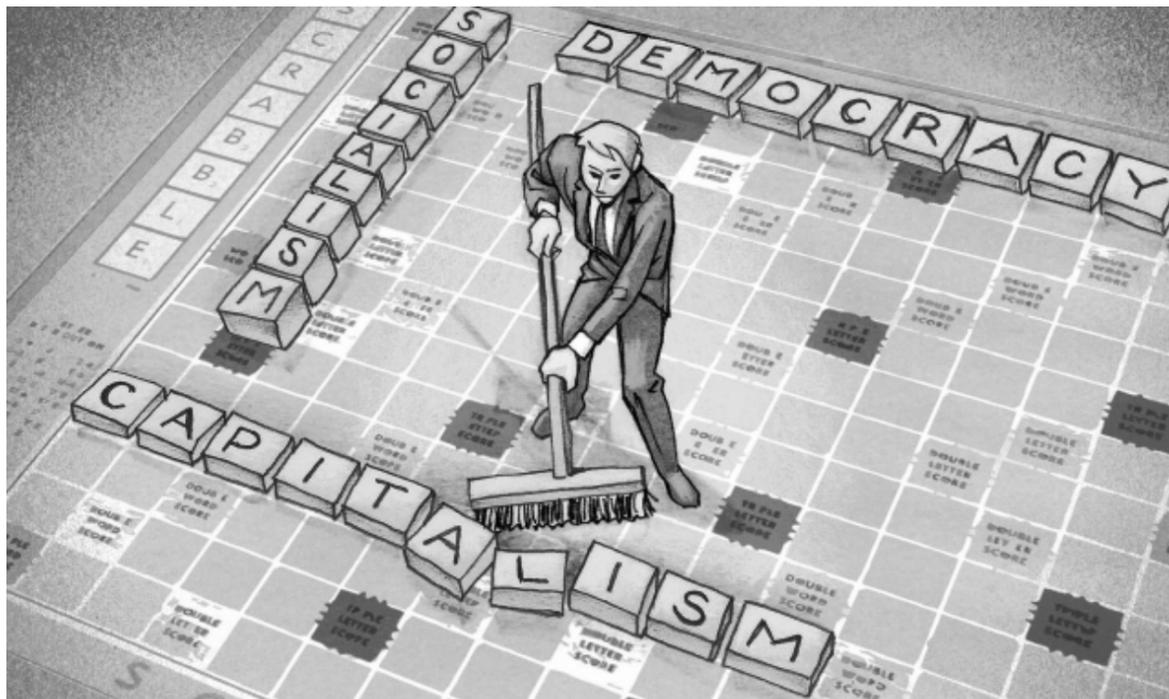
Im Kapitalismus kommt es an vielen Enden zu unökologischen Nebenprodukten. Um ökologisch zu wirtschaften, wäre eine großangelegte Umstellung der Produktion nötig. Ein Beispiel: Der Individualverkehr wie auch der Gütertransport in Verkehrsmitteln wie LKW, Auto oder Containerschiff ist für einen Großteil der Luftverschmutzung verantwortlich. Die Konzerne beantworten dieses Problem – und produzieren den Elektromotor, was wieder neue ökologische Katastrophen befördert. Um diese Probleme grundlegend zu lösen, bräuchte es statt profit- und konsumorientiertem Handeln einen gesamtgesellschaftlichen und vernünftigen Plan, der breite Teile der Wirtschaft umfasst: die sinnvoll angelegte Planung von Produktionsstätten zur Eingrenzung der Lieferketten, die geplante Ausweitung der Schiene, des kostenfreien öffentlichen Nahverkehrs,...

Ziele wie dieses können nur in einem System erreicht werden, in dem die wichtigsten Wirtschaftsmittel nicht mehr im Privatbesitz der Kapitalisten, sondern in staatlichem Besitz und unter direkter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der Beschäftigten stehen.

Doch das alles ist im Kapitalismus nicht möglich! Es reicht kein grüner Anstrich, um etwas zu verändern. Nur durch eine Revolution und einer damit verbundenen Enteignung der Kapitalisten und eine geplante Produktion lässt sich diese Krise bewältigen! Für das Klima kämpfen heißt gegen den Kapitalismus und für den Sozialismus kämpfen!

Ein Gespenst geht um in Europa – Das Gespenst des Sozialismus

Warum die rechten Parteien das Gespenst der Planwirtschaft an die Wand malen, und warum die demokratische Planwirtschaft der Diktatur des Kapitals meilenweit überlegen ist...



Alexandra Lioliopoulou

Während des Wahlkampfs hat der deutsche Investor Georg Kofler die Rekordsumme von 750.000 Euro an die FDP gespendet, um die Beteiligung der Grünen an der Regierung zu verhindern, weil er in ihrem Wahlprogramm einen planwirtschaftlichen Sozialismus manifestiert sieht.

Auch CDU und FDP warnen vor einem Linksrutsch und buhlen um Wählerstimmen, um ja ihre Kürzungspolitik ungehindert fortzuführen. Nicht nur in Deutschland, sondern auch in Spanien wurde mit ähnlichen Argumenten in der Parlamentswahl in der Autonomen Gemeinschaft Madrid dieses Jahr gegen Podemos, ebenfalls eine Partei der Neuen Linken, gehetzt. Ein rotes Gespenst der Planwirtschaft wird heraufbeschworen, das negative Konnotationen mit DDR und Sowjetunion zur Zeit des Stalinismus hervorrufen soll.

Diese mediale Hetze drückt einerseits den Widerwillen der herrschenden Klasse aus, auch nur geringe soziale Verbesserungen zuzulassen. Arbeit wird immer prekärer, die Mieten immer höher und das Gesundheitssystem immer maroder. Der Neoliberalismus presst jeden möglichen Profit aus den Beschäftigten, um trotz des stagnierenden Wirtschaftswachstums die Taschen von Kapitalisten und Aktionären weiter zu füllen.

Andererseits drückt sie auch die Angst vor jeglichen linken politischen Kräften aus, denn Politiker und Kapitalisten wissen um die (potenzielle) Macht der arbeitenden Massen, wenn diese Verstaatlichungen unter demokratischer Kontrolle und echte Demokratie fordern.

Der Kapitalismus versagt.

Die Verteufelung der Planwirtschaft als undemokratisch und menschenfeindlich ist im Angesicht des offensichtlichen Versagens der jetzigen, kapitalistischen Produktionsweise lächerlich. Die jetzige Wirtschaftsweise dient nicht den Menschen, der Gesellschaft oder der Umwelt. Belegschaften arbeiten für einen Hungerlohn, Arbeitskraft wird verschwendet, Technologie und Fortschritt können nicht zum Vorteil der Gesellschaft genutzt werden, da die Maßgabe nicht das Gemeinwohl der Gesellschaft ist, sondern die Gewinnmaximierung der Konzerne.

Durch eine Wirtschaftsweise, in der die Chefetagen individueller Konzerne nur zum Zweck maximaler Profite planen, entsteht Überproduktion. Das führt nicht nur zu einer Verschwendung der Arbeitszeit, sondern auch zu Krisen aus Überfluss (sog. „Überproduktionskrisen“), in der Menschen hungern und leiden müssen, weil es schlicht profitabler ist

ihnen die produzierten Waren vorzuhalten und sie zu verachten, als sie für einen erschwinglichen Preis zu verkaufen.

Trotz dieser Realität wird die Planwirtschaft immer wieder von konservativen und reaktionären Kräften als Abschreckung vor linker Politik benutzt.

Dabei wird im Kapitalismus auch geplant, aber nur von jedem Konzern einzeln und mit Gewinnmaximierung als Ziel. So entsteht eine völlig anarchische Produktionsweise. Schon jetzt gibt es aber wissenschaftliche Fachbereiche wie Produktionsplanung und Supply-Chain-Management, die die Planung der Produktion zum Inhalt haben. Dieses Wissen könnte man im Sozialismus weiter ausbauen und zum Vorteil für die Gesellschaft verwenden.

Voraussetzung dafür wäre eine Wirtschaftsweise, auf wirklich demokratischer Grundlage. Dabei muss man die Demokratie nicht allein als liberales Ideal sehen, wie das heute passiert, sondern als materialistische Wirklichkeit. Demokratie basiert auf bestimmten materiellen Voraussetzungen. Gleiche Rechte setzen gleiche Besitzverhältnisse voraus. Der Besitz an Produktionsmitteln gibt dem Kapitalisten heute die Macht, über die Produktion und das Schicksal der Beschäftigten zu entscheiden.

Demokratische Verhältnisse in der Wirtschaft lassen sich nur schaffen, indem Großkonzerne der Schlüsselindustrien enteignet und unter demokratische Kontrolle und Verwaltung der arbeitenden Bevölkerung gestellt werden. Eine Welt, die in Arm und Reich gespalten ist, in der die wichtigsten Fragen unseres Lebens – wie wir arbeiten, was wir produzieren, wie Güter verteilt werden, wie das Transportwesen und die Energieversorgung organisiert ist,... in der Hand profitorientierter Konzerne und ihrer Eigentümer liegen, kann nicht demokratisch sein.

Wie war das mit der Planwirtschaft in Sowjetunion und DDR?

Sowjetunion und DDR werden oft als Beispiele angeführt, um von der Idee der Planwirtschaft abzuschrecken. Dabei werden jede Menge Unwahrheiten verbreitet. Tatsächlich setzte die Russische Revolution 1917 enorme produktive Potenziale frei: Durch weitreichende Enteignungen der Kapitalisten und staatliche Planung ermöglichte sie die Industrialisierung des Landes. Als 1920 der erste staatliche Plan zur Elektrifizierung aufgestellt wurde, gab es in ganz Russland zehn lokale Elektrizitätswerke – 1935 waren es 95.

Wegen der massiven Angriffe kapitalistischer Nationen und dem Ausbleiben der Revolution in anderen Ländern wuchs eine bürokratische Schicht, die einige Privilegien genoss. Doch diese Privilegien – wie eine Jagddatscha Erich Honeckers – waren zu keinem Zeitpunkt mit dem unvorstellbaren Reichtum vergleichbar, den die kapitalistischen Plutokraten von heute genießen! Elon Musk allein verfügt über ein Vermögen von 188,5 Mrd. Dollar – eine Geldsumme, von der man 20.000 Luxusyachten finanzieren könnte!

In einer echten sozialistischen Planwirtschaft kann es keine privilegierte Kaste von Bürokraten geben. Darum müssen Vertreter der Beschäftigten in Räten direkt gewählt sein, dürfen nur einen Arbeiterlohn erhalten, müssen jederzeit Rechenschaft ablegen können und jederzeit abwählbar sein. So wird die demokratische Kontrolle sichergestellt.

Planwirtschaft: Die Grundlage zur Produktion im Interesse der Allgemeinheit

In der demokratischen Planwirtschaft würde nicht die Frage „Was bringt am meisten Profit?“ gestellt werden, sondern „Was wird von uns gebraucht, was ist sinnvoll für uns zu produzieren?“. Darüber gäbe es breite Diskussionen, und entweder direkt gewählte Ausschüsse würden über übergreifende Themen entscheiden, oder spezifische Fragen innerhalb einzelner Betriebe und Schulen erörtert.

Die Produktion könnte in vielerlei Hinsicht umgestellt werden. Ökologischer Umbau wie von der Produktion von Getrieben für Windräder statt für Autos wäre möglich. In der IG Metall werden seit Jahrzehnten Pläne zur zivilen Konversion der Rüstungsproduktion diskutiert – solche Maßnahmen wären umfassend und sinnvoll geplant möglich. Es müsste nicht tausende Ausführungen des gleichen Gegenstands geben, z.B. unzählige verschiedene Steckertypen für Ladegeräte, sondern nur so viele wie tatsächlich benötigt werden. Die Produkte wären auf Langlebigkeit ausgelegt, da es kein Interesse daran gäbe, Produkte herzustellen, die immer neu beschafft werden müssen. Dies würde weiter Arbeitskraft und Ressourcen sparen, was die Produktionsweise freundlicher für Mensch und Klima gestalten würde.

So könnte die Arbeitszeit drastisch verkürzt werden. Durch obsoletere Arbeitszweige wie Waffenproduktion oder Werbebranche, der Vergesellschaftung der Hausarbeit, öffentliche Kinderbetreuung..., die Wiedereingliederung von Menschen, die in diesem System arbeitslos sind, gäbe es viel mehr Arbeitskraft, die nicht nur gezielt eingesetzt, sondern auch voll genutzt werden könnte. Eine Arbeitszeit von 2 bis 3 Stunden am Tag könnte zur neuen Zielvorstellung werden.

Gemeinschaft statt Konkurrenz

Ressourcen, Arbeitskraft und Zeit würden gespart werden, wenn statt des Konkurrenzprinzips die demokratische Wirtschaftsplanung im Vordergrund stehen würde. Nicht nur die Konkurrenz zwischen den Konzernen wäre aufgehoben, sondern auch die zwischen den arbeitenden Menschen. Durch Mitbestimmung im Betrieb, soziale Sicherheit und Freiheit zur Entfaltung durch die verkürzten Arbeitszeiten und das Aufheben aller Patente würde es zu einem Höhenflug an Ideen zur Verbesserung in allen möglichen Bereichen kommen. Ganz im Gegenteil zur Vorstellung, dass es nur im Kapitalismus Innovation geben kann, wo im Kapitalismus doch jegliche Innovation durch Profitgier gehemmt und einem großen Teil der Gesellschaft vorenthalten wird. Die demokratischen Entscheidungen von Menschen, die selbst in Betrieben arbeiten und Expertise in ihrem Feld haben, würden mehr zur Entwicklung beitragen als heute, wo die Demokratie am Betriebstor endet und die Menschen keine Mitbestimmung der Gestaltung ihrer Arbeit haben.

Das wäre der Kern der demokratischen Planwirtschaft. Es gäbe kein Widerspruch mehr zwischen persönlichen Interessen und dem Interesse des Gemeinwohls, da der Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit aufgelöst ist. So führen Fortschritt und Technologie zur Erleichterung der Arbeit, und nicht zum Nachteil arbeitende Menschen, weil sie Kündigungen befürchten müssen. ■

Trumpismus in der Offensive



Ana García, Exekutivkomitee von Izquierda Revolucionaria (spanischer Staat)

Es wurde viel Geld in die Propagandakampagne investiert, die darauf abzielte, dem Angriff auf das Kapitol am 6. Januar zu relativieren. Wir haben gehört, dass Trump am Ende in seiner Partei isoliert war. Mit Joe Biden wollten die Kapitalisten das hohe Maß an sozialer Polarisierung senken, das für die Stabilität, die die herrschende Klasse braucht, unerträglich ist. Das war sein Wunsch, aber die Fakten zeigen eine ganz andere Wirklichkeit.

Soziale Verwüstung und imperialistischer Niedergang

Seit Bidens Amtseinführung ist kein Jahr vergangen und seine Rezepte zur Lösung der Krise versagen. Von dem in Afghanistan geernteten Misserfolg bis zur Unfähigkeit, die Armut und Ungleichheit zu lindern, die die nordamerikanische Gesellschaft plagen. Alle milliardenschweren Pläne, die mit großem Getöse angekündigt wurden, flossen nicht in den Kampf um soziale Sicherheit, sondern wieder einmal in die Taschen großer Unternehmen.

Laut *USA Today* unterstützen nur 26% der Bevölkerung die wirtschaftliche Arbeit des Präsidenten und die Ablehnung seines Managements erreicht 55%. Die soziale Verwüstung breitet sich weiter aus, während die reaktionäre Demagogie Trumps ihre Unterstützung unter den Millionen von Kleinbürgern und den Mittelschichten, die von der Krise betroffen sind und Angst davor haben, ihren bequemen sozialen Status zu verlieren, ausweitet; ebenso wie unter Sektoren politisch rückständiger Arbeiter.

Während er seine Basis festigte, hat Trump die Kontrolle über die Republikanische Partei übernommen und seine Führung von allen kritischen Elementen befreit, die sich dieser Wende zur extremen Rechten widersetzen, wie es bei Liz Cheney der Fall war.

Krieg gegen die Avantgarde der Bewegung: Trump greift Rechte von Frauen und Migranten an

Trump wendet sich an jene verzweifelten Sektoren, die mit Furcht das Ende der Stabilität, den „amerikanischen Traum“ und die Position der Vereinigten Staaten als konkurrenzlose Macht sehen, hat ihnen eine Flagge gegeben, für die sie kämpfen können, und einen Schuldigen herausgegriffen: die Arbeiterklasse, besonders ihre Avantgarde, die bei den letzten Massenmobilisierungen eine Hauptrolle gespielt hat. Indem er diese Sektoren ins Visier nimmt, fordert der Trumpismus Rache.

Er nutzt seine Positionen – von Staat zu Staat –, um grundlegende soziale und demokratische Rechte

anzugreifen. Hervorzuheben ist das Abtreibungsverbot in praktisch allen Fällen – darunter Missbildungen und Vergewaltigungen – in den Staaten Texas und Arkansas. Sie sind die ersten in einer Liste von 19 anderen, die mit ihrer republikanischen Mehrheit Gesetzesinitiativen in diese Richtung verabschieden wollen.

Frauen und die LGBT-Community waren schon immer im Visier. Aber der Hass, den der Trumpismus ausstrahlt, ist noch größer, wenn es um afroamerikanische Arbeiter geht – diejenigen, die im Kampf nach der Ermordung von George Floyd die Zündschnur entzündet haben.

Neue Gesetze, die in Georgia, Texas, Arizona oder Florida erlassen wurden, die das Stimmrecht der afroamerikanischen Bevölkerung und der Migranten sowie die Briefwahl einschränken, zielen darauf ab, sie hart zu treffen.

Im Gegenzug hat Oklahoma Bestimmungen erlassen, um Autofahrern Immunität zu garantieren, die einen Demonstranten töten oder verletzen, wenn sie behaupten, sie seien vor einem Aufstand geflohen.

Der Gouverneur von Texas, Greg Abbot, ist der größte Vorkämpfer des Hasses auf Migranten. Er hat den Grenzschutz zu Pferd und mit Peitschen geschickt, um – buchstäblich – Jagd auf schwarze Haitianer zu machen, die versuchen, in die Vereinigten Staaten einzureisen, um der Armut zu entfliehen. Die Bilder haben einen solchen sozialen Aufruhr verursacht, dass das Weiße Haus gezwungen war, zu versprechen, gegen diese Akteure vorzugehen. Abbot seinerseits hat trotzig geantwortet, dass er ihnen trotz jeder Sanktionierung eine Stelle als Polizist anbietet. Es ist ein verdeckter Aufruf, die Armee der Reaktion weiterhin zu organisieren, und sie tun dies vor allen Augen.

Während der Trumpismus seinen Rassismus und Frauenhass ohne Komplexe zur Schau stellt, lässt die Biden-Administration dies zu. Und sie hat weder die von Trump praktizierte Einwanderungspolitik noch etwas anderes grundlegend geändert.

Wir müssen eine revolutionäre Alternative aufstellen, um das Vordringen des Trumpismus zu stoppen!

Der Kampf gegen den vermeintlichen „Wahlbetrug“ war der einende Faktor, um den Trump seine Kräfte gesammelt hat. Dazu bereitete er den Angriff auf das Kapitol vor und versuchte in vielen Städten die Wahlauszählungen zu verhindern. Seitdem hat der ehemalige Präsident seine Agitation verdoppelt, um seine Reihen eng zu halten. Die Sammlung von mehr als anderthalb Millionen Unterschriften zur Abberufung des demokratischen Gouverneurs von Kalifornien brachte schließlich nicht die notwendigen Stimmen. Aber dieser Kampf, der in nationalistischer Tonart geführt wurde, war ein Weckruf an seine soziale Basis: Der Kampf geht weiter, man muss organisiert und vorbereitet sein.

Nach dem, was in Kalifornien passiert ist, hat er in anderen Bundesstaaten Anweisungen gegeben, private Prüfer zu zwingen, die Stimmen neu auszuzählen. Arizona hat es bereits getan und das Ergebnis ist für Biden noch besser geworden! Es ist das gleiche. Pennsylvania und Wisconsin werden eine weitere Nachzählung durchführen.

Auch nachdem die Betrugsdebatte durch eigene Prüfungen widerlegt wurde, glauben heute noch 36% der Amerikaner und 78% der Republikaner, dass Biden die Wahlen nicht le-

gitim gewonnen hat. Das Vordringen und die Stärkung des Trumpismus wurzeln in zwei Faktoren: dem durch die kapitalistische Krise angeheizten sozialen Zerfall, und dem Versagen der reformistischen Politik und der schändlichen Rolle seiner Führer.

Die Sektoren der Demokratischen Partei, die sich als ihr linker Flügel präsentieren (Sanders, Ocasio-Cortez,...), unterstützen jenseits von Gesten und Worten in der Tat die desaströse Politik des demokratischen Präsidenten. Um das Vordringen der Reaktion zu stoppen, ist es nötig, sich auf die Mobilisierung aller Unterdrückten zu stützen und eine revolutionäre Alternative zu entwickeln, die darauf abzielt, die Diktatur des Kapitals zu beenden.

Heute will ein Großteil der herrschenden Klasse die Situation durch die bürgerliche Demokratie besänftigen. Aber Polarisierung – nicht nur nach links, sondern auch nach rechts – ist in dieser Zeit ein objektiver Trend. Ein immer größerer Teil der Kapitalisten blickt mit Angst auf die Entschlossenheit der Massen in den USA. Sie werden nicht zögern, sich von Wahlprozessen, Richtern und Verfassungen abzuwenden und alle Arten von autoritären Maßnahmen oder die brutalste Repression zu unterstützen, wenn sie ihre Privilegien in Gefahr sehen. Eine revolutionäre Linke muss in den USA und überall auf der Welt aufgebaut werden! ■

Wahlen in Russland. Putin greift zu massivem Wahlbetrug, Kommunistische Partei erstarkt.

Katharina Doll

Vom 17. bis zum 19. September fanden in Russland die Wahlen zum Nationalparlament (Duma) statt, zu einem Zeitpunkt, an dem Putins Regime in den letzten zwanzig Jahren am meisten aufgerieben wurde. Obwohl „Einiges Russland“ nach offiziellen Ergebnissen 28.064.258 Stimmen (49,82%) erhalten hat, gab es zahlreiche Anschuldigungen wegen Wahlbetrugs, insbesondere von der wichtigsten Oppositionspartei, der Kommunistischen Partei der Russischen Föderation (KPRF).

Nach massiven Protesten gegen den Kreml dieses Frühjahr drücken die Wahlen einen Linksruck aus, und bestätigen den Prozess der wachsenden Unzufriedenheit. Die KPRF, die 10.660.599 Stimmen (18,9%) erhielt, konnte ihre Unterstützung um 3,6 Mio. Stimmen gegenüber 2016 steigern, was einem Anstieg von 51,9% entspricht!

Im Gegensatz dazu mussten die rechten und neoliberalen Oppositionsparteien erhebliche Stimmenverluste hinnehmen: die LDPR mit 7,55% verlor 2.664.994 Stimmen, Jabloko mit 1,34% 298.005 und Rodina mit 0,8% weitere 341.729 Stimmen.

Der Sieg von „Einiges Russland“ wurde durch massiven Wahlbetrug herbeigeführt, unter anderem durch den vorherigen Ausschluss zahlreicher

Kandidaten von Alexej Nawalnys Partei. Seine „Smart-Voting“-App, die eine Liste der Kandidaten enthielt, die am ehesten in der Lage waren, Putins Partei zu besiegen, und die eindeutig der KPRF zugutekam, wurde von Apple und



Google am selben Tag, an dem die elektronische Abstimmung begann, auf Druck des Kremls entfernt. Es gibt zahlreiche Beweise für massiven Betrug bei der elektronischen Stimmabgabe wie auch durch das Stopfen von Wahlurnen.

Ökonomische Krise, Ungleichheit und Armut

Die Krise des Kapitalismus und seine Unfähigkeit, auf die Bedürfnisse der Arbeiter und der Armen einzugehen, treiben diese Entwicklungen voran. Die wirtschaftliche Ungleichheit in einem Land, in dem schätzungsweise 75% des BIP in Steueroasen verschoben werden, hat unerträgliche Ausmaße angenommen. Die reichsten 10% der Bevölkerung besitzen rund 87% des Einkommens. Während der Covid19-Krise sind mehr als eine Million Menschen in die Armut abgerutscht. Die russische Wirtschaft ist in hohem Maße von Rohstoffexporten abhängig. Der Einbruch der internationalen Ölpreise während der Pandemie setzte die Einnahmen des Landes stark unter Druck. Der erneute Preisanstieg kann das zwar abmildern, birgt aber neue und ernsthafte Gefahren in Form einer steigenden Inflation.

Der Rückgang der Einnahmen und die Tatsache, dass die Regierung von Einiges Russland nichts anderes ist als ein politisches Komitee der imperialistischen Plutokratie, die seit mehr als zwei Jahrzehnten die Geschicke des Landes despotisch lenkt, haben Putin dazu veranlasst, umfangreiche soziale Kürzungen durchzusetzen, die seine Autorität bei großen Teilen der Arbeiterklasse und der Mittelschichten untergraben haben. Mit der Rentenreform 2018 wurde beispielsweise das Rentenalter für Männer auf 65 Jahre und für Frauen auf 63 Jahre angehoben, obwohl die Lebenserwartung der Männer bei 68 Jahren liegt und in den ärmsten Bevölkerungsschichten sogar noch niedriger ist.

Während der Covid19-Krise sind die Reallöhne erneut um bis zu 12% gefallen und haben damit den niedrigsten Stand seit einem Jahrzehnt erreicht. Als Antwort auf die sozialen Probleme kündigte Putin kurz vor den Wahlen eine Prämie für die Rentner – 43 von 110 Millionen Einwohnern – und für die Angestellten des öffentlichen Dienstes an, die ein Drittel der Beschäftigten des Landes ausmachen. Außerdem kündigte er für die Jahre 2022 und 2023 eine deutliche Gehaltserhöhung für Polizei und Militär an und garantierte, dass diese stets über der Inflationsrate liegen werde. Diese Maßnahmen spiegeln die Furcht des Kremls vor wachsenden sozialen Unruhen wider und sollen einen festen Rückhalt in den repressiven Staatsorganen sichern.

Die KPRF muss aufhören, eine „verantwortungsvolle Opposition“ zu sein

Die KPRF, die sich an den Protesten gegen die Sozialkürzungen der Regierung und für demokratische Reformen beteiligt hat, pflegt seit Jahren die Politik einer „verantwortungsvollen und patriotischen Opposition“ gegen das Regime Putins, und agiert eher als Verbündeter denn als Gegner dieses treuen Vertreters der kapitalistischen Oligarchie.

Die Polarisierung und der Druck der sozialen Bewegungen haben jedoch zu Widersprüchen in der Partei geführt. Während der von Gennadi Sjaganow geführte Apparat systematisch gegen Kandidaten vorgeht, die eher linke Positionen vertreten, was zum Teil darauf zurückzuführen ist,

dass die Mittel der Partei hauptsächlich von staatlicher Finanzierung und Spenden wohlhabender Geschäftsleute abhängen, gibt es eine wachsende interne Tendenz, dass die Partei als entschlossene, klassenbasierte Opposition auftritt.

Die Manöver des Kremls, die KPRF in die Schranken zu weisen, werden intensiver, wie man daran erkennen konnte, dass verschiedene Splittergruppen der Partei wie die „Komunisten Russlands“, die von Putin ermutigt wurden, antraten, um die Stimmen der KPRF zu spalten. Ein guter Hinweis, wie sehr sich Putins Regime der Gefahren des Erwachens der russischen Arbeiterklasse bewusst und entschlossen ist, jede ernsthafte Opposition im Keim zu ersticken.

In jedem Fall ist klar, dass die KPRF von den weit verbreiteten sozialen Unruhen und den Proteststimmen der Arbeiter und der verarmten Sektoren profitiert hat. Diese Unterstützung muss jedoch in einen konsequenten Kampf gegen Putins korruptes kapitalistisches Regime umgesetzt werden. In kritischen Momenten hat sich die Parteiführung wie ein verlässlicher Verbündeter verhalten, der auch eine ultranationalistische Entartung an den Tag gelegt hat, die nichts mit proletarischem Internationalismus zu tun hat und dazu diente, Putins reaktionären Diskurs zu verstärken.

Zurück zu einem Programm des revolutionären Marxismus, des echten Kommunismus!

Um den russischen Kapitalismus wirksam zu bekämpfen, ist es nötig, eine revolutionäre Massenbewegung der Arbeiterklasse und der Jugend aufzubauen. Alle linken Tendenzen innerhalb der KPRF müssen einen ernsthaften und prinzipienfesten Kampf gegen eine Führung führen, die ihre Unfähigkeit zur Verteidigung des leninistischen Programms bewiesen hat. Die Fahne der Enteignung der großen Plutokraten und Monopole unter demokratischer Kontrolle der Arbeiterklasse muss hochgehalten werden. Löhne, Renten, Zugang zu Wohnraum, Bildung und öffentlicher Gesundheitsversorgung, demokratische Rechte sowie Rede- und Organisationsfreiheit müssen auf die einzig wirksame Weise verteidigt werden: durch die Mobilisierung der Arbeiterklasse und der Jugend mit einem sozialistischen Programm.

Die liberale Opposition, die von Elementen wie Alexej Nawalny angeführt wird, ist nichts anderes als ein verlängerter Arm des westlichen Imperialismus, der sich aus Möchtegern-Oligarchen oder in Ungnade gefallenem Oligarchen zusammensetzt, die darauf aus sind, sich auf Kosten der Vergrößerung des Elends der russischen Massen zu bereichern.

Die Zukunft liegt in den Händen der russischen Arbeiterklasse. Laut einer Umfrage des Levada-Instituts vom August 2021 sprachen sich fast zwei Drittel der russischen Bevölkerung (62%) für Planwirtschaft aus, die ein besseres Wirtschaftssystem bedeuten würde – der höchste Wert seit 1992. Diese Zahlen zeigen das explosive Potenzial der sich anhäufenden sozialen Widersprüche.

In dieser historischen Situation wirft die Kenntnis und das Studium des Vermächtnisses von Leo Trotzki in seinem Kampf gegen die bürokratische Degeneration des sowjetischen Staates und der Kommunistischen Partei, für die Verteidigung der Arbeiterdemokratie und des Programms des Bolschewismus gegen das autoritäre Regime des Stalinismus, viel Licht auf die aktuellen Aufgaben der Kommunisten in Russland. ■

Abonniere die Offensiv!

Unterstütz' uns im Kampf für eine unabhängige Zeitschrift, eine kämpferische Arbeiterbewegung und den Sozialismus! Abonniere die Offensiv!

Um ein Abo bei uns abzuschließen, besuch' unsere Website und klicke rechts unter „Zeitung“ auf den Reiter „Abonnement“ oder besuche den folgenden Link:

<https://offensiv.net/index.php/abonnement-abschliessen>



Werde aktiv!

Wenn du selbst aktiv werden oder mit uns in Diskussion treten willst, kontaktiere uns unter:



Wer wir sind, wofür wir kämpfen

Wir kämpfen in Gewerkschaften und Bewegungen für soziale Verbesserungen, gegen Unterdrückung, Ausbeutung und Krieg und für die Überwindung der kapitalistischen Klassengesellschaft. All das können wir nicht durch ein paar Ministerposten erreichen, sondern nur durch eine tiefgreifende Veränderung der Gesellschaft. Denn obwohl uns erzählt wird, dieses System sei „demokratisch“, weil wir alle vier Jahre wählen gehen, ist es das in Wirklichkeit nicht. Nur Wenige haben die Kontrolle über Banken und Konzerne. Sie bestimmen, zu welchen Bedingungen produziert wird. Unser ganzes Leben wird von dieser Frage beeinflusst.

Ein Ende unserer sozialen Probleme ist nur erreichbar, wenn alle Bereiche der Gesellschaft durch die arbeitende Bevölkerung demokratisch kontrolliert und verwaltet werden: durch Versammlungen in den Nachbarschaften und Schulen und Räte in den Betrieben. Eine solche Gesellschaft ist anders als das, was es im Stalinismus gab. Dort war das Privateigentum an den Produktionsmitteln abgeschafft, wirkliche Arbeitermacht durch ein demokratisches Räte-System gab es aber nicht. Wir organisieren uns an der Seite der Genossen und Genossinnen der Internationalen Revolutionären Linken (IRL). Gemeinsam kämpfen wir dafür, die Diktatur des Kapitals mit einer sozialistischen Gesellschaft zu ersetzen.

Soziale Verbesserungen für Alle! Weg mit den Hartz-Gesetzen! Einführung eines sanktionsfreien Arbeitslosengeldes und einer Mindestrente von 750 € plus Warmmiete. Rentenalter auf 60 senken. Mehrwertsteuer und Rundfunkgebühr abschaffen! Wohnen, Bildung und Gesundheit in öffentliche Hand! Gesundheitszentren für jede Nachbarschaft! Zusammenfassung der Krankenkassen in eine öffentliche.

Gute Arbeit. Mindestlohn von 14€ ohne Ausnahmen. Volle Übernahme der Sozialversicherungsbeiträge durch die Arbeitgeber. Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden die Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich! Leiharbeit abschaffen! Kopplung der Renten und Löhne an die Preisentwicklung.

Volle demokratische Rechte. Nein zu den Polizeigesetzen: Für volle Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit. Militär runter von unseren Straßen! Nazis bekämpfen, nicht befördern: Verfassungsschutz abschaffen! Nein zu jeder Form der Diskriminierung wegen Geschlecht, Hautfarbe, Religion, Behinderung oder sexueller Orientierung.

Frauen. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit! Kostenlose, ganztägige Kinderbetreuung und öffentliche Kantinen in jeder Nachbarschaft. Weg mit den Abtreibungsparagraphen §218 und §219! Kampf der Pornographie, der Prostitution und dem Menschenhandel!

Jugend. Wahlrecht ab 16 Jahren. Eine Schule für Alle. Deutliche Anhebung der Ausbildungsgehälter auf mindestens 1.200€ netto und garantierte Übernahme. Soziale Zentren in allen Stadtteilen. Umfassende Aufklärung und Kampf dem Drogensumpf!

Ökologie. Ausbau des Schienennetzes und kostenlosen, öffentlichen Nahverkehr! Schluss mit Braunkohleabbau, Tiefseebohrungen, AKWs und Fracking. Jeden Job erhalten: Umschulung der Beschäftigten bei voller Lohnfortzahlung auf Kosten der Eigentümer. Entschädigungslose Enteignung und Verstaatlichung der Energiekonzerne! Demokratische Kontrolle über Pharma- und Lebensmittelindustrie! Investitionskontrollen nach sozialen und ökologischen Kriterien.

Eine Klasse – ein Kampf: Hoch die internationale Solidarität! Nein zur EU der Banken und Konzerne! Nein zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr. Enteignung und ziviler Umbau der Rüstungsindustrie und Umschulung der Beschäftigten bei voller Lohnfortzahlung. Austritt und Auflösung der NATO! Nein zu Spaltung und Lohndrückerei: Wahl-, Bleibe- und Arbeitsrecht; Mindestlohn und Recht auf gewerkschaftliche Organisation für Alle!

Gewerkschaften. Nein zur Klassenkollaboration! Für kämpferische und demokratische Gewerkschaften im Interesse der Verbesserung unserer Lohn-, Arbeits- und Lebensbedingungen! Nein zu Privilegien für Funktionsträger: ständige Wahl- und Abwählbarkeit und einen durchschnittlichen Arbeiterlohn für Hauptamtliche. Für ein vollumfängliches Recht auf gewerkschaftliche Selbstorganisation und Streik. Einheitliche Tarifverträge: Kampf der Spaltung durch Leiharbeit, Befristungen, Ausgliederungen usw.

Geplant und demokratisch wirtschaften! Offenlegung der Geschäftsbücher der Banken und Konzerne. Schlüsselindustrien und Banken in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der arbeitenden Bevölkerung. Für einen demokratisch entwickelten Plan zum Wohnungsbau; dem Ausbau von Sozialleistungen, Bildungs- und Gesundheitssystem; der gesellschaftlich sinnvollen Verteilung der Arbeit auf die gesamte arbeitsfähige Bevölkerung und dem nachhaltigen, modernisierten und zivilen Umbau der Wirtschaft entlang der Bedürfnisse der lohnabhängigen Bevölkerung.

Für die internationale, sozialistische Revolution und den Aufbau des Sozialismus im Weltmaßstab!

Bundestagswahl: Debakel für die Rechte

- wir müssen eine revolutionäre Linke aufbauen!

In dieser Ausgabe:



Trumpismus in der Offensive



TVL: Forderungen durchsetzen!



Planwirtschaft statt Kapitalismus



Wir brauchen einen Aufstand der Jugend!

Exekutivkomitee von
Offensiv, Deutschland

Die vergangenen Bundestagswahlen am Sonntag fanden in einer Zeit der Polarisierung und der Angriffe auf den Lebensstandard von Arbeitern und Armen statt. Die Vermögen der reichsten deutschen Unternehmer (die Bosse von Aldi, Lidl, BMW, Kühne+Nagel,...) sind zwischen 2019 und 2021 ausnahmslos gestiegen, das Vermögen aller deutschen Dollar-Millionäre stieg zwischen 2019 und 2020 von 500,9 Mio. auf 595 Mio. Dollar an.

Parallel dazu hat der Paritätische in seinem Armutsbericht 2020 eine Armutsquote von 15,95% ermittelt – der höchste seit der Wiedervereinigung gemessene Wert – und mehr als eine Million Beschäftigte verloren 2020 ihren Job.

Im Gesundheitssektor wurde trotz Covid19 nicht mit der Politik der Kürzungen und Privatisierungen gebrochen, zahlreiche Krankenhäuser wurden privatisiert und 20 geschlossen. Das Rettungspaket der Regierung, das mit fast 360 Milliarden Euro das größte in der Geschichte ist, wurde nicht zur Deckung der dringendsten sozialen Bedürfnisse verwendet. Während der Anstieg der Staatsverschuldung einige wenige, das große Finanz- und Industriekapital, bereichert hat, zahlen die Arbeitnehmer und die Armen bereits die Rechnung für die Rettungsaktion.

Fortsetzung auf Seite 2



WWW.OFFENSIV.NET



MACH MIT!

Kontaktiere uns auf Whatsapp
unter 0162 8359272 oder den
Kontaktdaten auf Seite 15.

Offensiv 
MARXISTISCHE ORGANISATION